

18.36

Abgeordnete Mag. Michaela Steinacker (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Bundesminister! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger! (*Unruhe im Saal.*)

Präsidentin Doris Bures: Ich würde Sie ersuchen, der Rednerin wieder ein wenig mehr Aufmerksamkeit zu schenken. – Bitte, Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort.

Abgeordnete Mag. Michaela Steinacker (*fortsetzend*): Danke für die Unterstützung. – Sehr geehrte Damen und Herren, Wohnen ist ein Thema, das jeden und alle bewegt, ein Grundbedürfnis, das jeder Mensch in Österreich hat. Jeder will ein Dach über dem Kopf haben, jeder will bestmöglich und schön wohnen.

Das Modell der Gemeinnützigkeit in Österreich gibt es seit 70 Jahren, und es sorgt für leistbares Wohnen. Nicht alle Menschen, aber viele – ein Viertel der Bevölkerung in Österreich – wohnen in diesen gemeinnützigen, geförderten Wohnungen. Sie können sie mieten, sie können sie kaufen, sie können sie mieten und anschließend kaufen. Und das ist der Punkt, bei dem Kollegin Becher – ich sage es immer wieder bei meinen Reden: die geschätzte Kollegin Becher – danebenliegt: Das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz ist nicht alleine ein Mietrecht. Es gibt eben genau aufgrund des gesetzlichen Auftrags auch die Möglichkeit, Eigentum zu erwerben, weil Eigentum letztendlich der beste Schutz gegen Altersarmut ist, und deswegen brauchen wir dieses Gesetz und Adaptierungen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Wenn Kollege Lercher hier heraußen steht und den Wohnbereich der Marktlogik entziehen will, dann kann ich nur fragen: In welcher demokratisch pluralistischen Welt lebt er denn gerade? – Ich meine, wir sind in Österreich aus meiner Sicht noch immer eine parlamentarische Demokratie. Die Menschen entscheiden nach ihrem freien Willen, was sie wollen (*Abg. Haubner: Das soll so bleiben!*), und wir als Politik müssen reagieren, wenn es Probleme gibt, bestmögliche Lösungen anbieten, aber doch nicht ein kommunistisches Regime in Österreich einführen (*Zwischenruf des Abg. Lercher*) – auch nicht bei dem so wichtigen Thema des Wohnens. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Steuerbegünstigungen, die Förderungen in den Ländern schaffen natürlich bei dem ganzen Thema der gemeinnützigen Bauvereinigungen einen besonderen Aspekt: Sie müssen eben aufgrund dieser Gelder, die sie bekommen, einer besonders strengen Prüfung und Kontrolle unterzogen werden. Ich kann es überhaupt nicht verstehen, dass die SPÖ heute bei diesem wichtigen Schritt nicht mitgeht, wenn die Kontrolle

verschärft wird, wenn der Revision ein weiteres Mittel in die Hand gegeben wird, nämlich indem wir verlangen, dass ausgewiesene Experten mit einem eigenen Prüfverband diese Revision ausüben dürfen.

Was bedeutet das denn? – Die Revisoren in diesen genossenschaftlichen Revisionsverbänden prüfen nämlich ganz wichtige Punkte – die Sparsamkeit, die Zweckmäßigkeit und die Wirtschaftlichkeit –, und das kann ja nicht sein, dass das der SPÖ wurscht ist. (*Abg. Leichtfried: Uns ist gar nix wurscht!*) Darüber hinaus sind sie Abschlussprüfer. Und sie müssen was kennen? – Das, wo die SPÖ heute eine kleine Themenverfehlung gemacht hat: nämlich das WGG als solches.

Das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz hat eben Besonderheiten, insbesondere auch in der Mietzinsbildung, denn dort gibt es ein spezielles Mietrecht, nämlich das Kostendeckungsprinzip in § 13 und 14, und das könnte man sich auch einmal anschauen, anstatt hier über ein allgemeines Mietrecht mit irgendwelchen Deckeln und Sonstigem zu diskutieren.

Das WGG hat gute und sinnvolle Regelungen – vor 70 Jahren wurde es geschaffen und immer wieder adaptiert. Immer dann, wenn es notwendig war, haben wir hingeschaut. Mit unserem Minister haben wir jetzt auch hingeschaut im Hinblick darauf, dass eben dieser eigene Prüfungsbetrieb da sein muss, damit die Spezialistinnen und Spezialisten da sind. Die müssen die prüfungsrelevanten Verordnungen kennen. Ein normaler Wirtschaftsprüfer muss die Bilanzgliederungsverordnung oder die Gebarungsrichtlinie nicht aus dem Effeff können, aber diejenigen, die unsere gemeinnützigen Bauvereinigungen prüfen, müssen das.

Zum Thema Spekulation hat der Herr Bundesminister bereits ausgeführt: Das gilt es hintanzuhalten – auch bei den Objekten, die als Soforteigentum direkt verkauft werden. Da ziehen wir nach, nichts anderes ist es. Auch dagegen kann eine SPÖ nicht sein.

Ist Kollege Margreiter noch da? – Ja. Kollege Margreiter, hier in diesem Hohen Haus ist noch nie ein Gesetz an einem Tag eingebracht, in den Ausschuss gegangen und beschlossen worden. Das muss man den Menschen draußen auch sagen: Ein Gesetz kommt in dieses Haus, es wird einem Ausschuss zugewiesen und dann gibt es eine Ausschusssitzung. Der Ausschuss hat heute in der Früh getagt und jetzt werden wir dieses Gesetz beschließen.

Ich bitte Sie, die Menschen nicht mit solchen Unwahrheiten zu verunsichern! Wir machen keine Husch-pfusch-Aktionen. Wir machen eine kleine, feine, notwendige und ordentliche Novelle dieses Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes. (*Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der Grünen.*)

Lassen Sie mich zu guter Letzt noch einen Punkt ansprechen, der relevant und wichtig ist: Es gibt eine enorme Teuerung. Es gibt Notwendigkeiten, für die Menschen in Österreich diese Wohnungen weiterzubauen und zu errichten. Ja, es gibt Notwendigkeiten, ein großes Paket wird es wohl sein müssen, aber nicht immer muss der Gesetzgeber eingreifen.

Es gibt in den 185 gemeinnützigen Bauunternehmungen in Österreich einen großen Pool an Experten, und die diskutieren seit Monaten über die Möglichkeiten: Wie kann ich Wohnen auch im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen günstiger machen? An welchen Stellschrauben kann ich drehen? – Das beginnt bei dem manchmal echt überbordenden Normungswesen und hört dann beim Thema der Finanzierungen, beim Anspruch auf Mittel von der EIB und Sonstigem, auf.

All das können wir zusammensetzen, und es wird trotzdem nicht der Weisheit letzter Schluss sein, aber es wird sicher kein nach kommunistischen Grundsätzen gedeckeltes Mietrecht sein, das den freien Markt in Österreich verhindert.

In diesem Sinne: Für die Menschen in Österreich, mit dem Ziel, weiter 17 000 bis 20 000 Wohnungen im Gemeinnützigkeitsbereich für leistbares Wohnen gefördert und unter strenger Kontrolle zu bauen, dafür stehen wir als ÖVP. *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der Grünen. – Abg. Leichtfried: Was ist ein kommunistisches Mietrecht?)*

18.42

Präsidentin Doris Bures: Nächste Rednerin: Frau Abgeordnete Andrea Holzner. – Bitte.